

Sie wehrt sich gegen eine Verfahrensweise des Ministeriums, aus der ersichtlich werden könnte, daß dieses selbst oder irgendeine andere Behörde sich an die Stelle des Bundesverfassungsgerichts zu setzen gedenkt. Eine solche Praxis stellt einen klaren Verfassungsbruch dar und würde eine politische Entwicklung einleiten, wie sie zur Zeit in äußerst reaktionären Kreisen angestrebt wird. Aufgrund dieser Erwägungen und angesichts der chaotischen Situation im Fachbereich Anglistik/Germanistik der Gesamthochschule Kassel, durch die eine sinnvolle Organisation der Lehrerausbildung unmöglich gemacht wird, fordert die Berufungskommission der Herrn Minister auf, Herrn Dr. Meyer-Ingwersen umgehend zu berufen.

OLDENBURG

Ende 1971 bewirbt sich Dr. Meyer-Ingwersen um eine H4-Stelle für Germanistik/Linguistik an der im Gründungsprozess befindlichen Universität Oldenburg. Aufgrund seiner Bewerbungsunterlagen und eines Hearings wird er als einziger Kandidat vorgeschlagen (April 1972). Die Universität fordert ihn außerdem auf, als Mitglied der Studiengangs-Planungskommission "Kommunikation und Ästhetik" am Aufbau mitzuarbeiten, was er seitdem tut.

Unter den Berufungsvorschlägen der Universität Oldenburg befindet sich außer Dr. Meyer-Ingwersen ein weiterer Kommunist: der Soziologe Prof. Horst HOLZER. Diese "Ballung" versetzt die niedersächsische CDU in helle Aufregung. Sie kündigt eine Anfrage im Landtag an. Kultusminister von OERTZEN tut demgegenüber zunächst so, als ob es Berufsverbote unter ihm nicht geben werde. Dies Verhalten hat eine wichtige Funktion: es wirkt beruhigend auf die am Gründungsprozess Beteiligten. Denn unter ihnen befinden sich viele linke Sozialdemokraten, die zu von Oertzen großes Vertrauen haben - so u.a. der Vorsitzende des Gründungsausschusses RIESCHE, der früher bei von Oertzen Assistent war.

FALSCH REAGIERT

Daher reagiert der Gründungsausschuß auch falsch, als von Oertzen im Juni 1972 die Einerliste im Fall Meyer-Ingwersen "aus formalen Gründen" zurückgibt. Statt sich an die Öffentlichkeit zu wenden, "ergänzt" der GA die Einerliste, indem er einfach die Zweierliste für einen H4-Lehrstuhl

Anglistik/Linguistik auf die Plätze 2 und 3 kopiert. Als Begründung für dieses Verhalten heißt es intern: "Wir müssen den Minister gegenüber der CDU absichern. Wenn er Meyer-Ingwersen von einer Einerliste beruft, kann die CDU ihn schon aus formalen Gründen angreifen." Man glaubt dabei aufgrund privater Äußerungen des Ministers ganz sicher zu sein, daß Meyer-Ingwersen berufen wird.

AUF VERBOT EINGESTIMMT

Wenig später ist zu hören, der Minister werde doch wohl nur einen der beiden Kommunisten durchsetzen können. Dabei sei wahrscheinlich, daß er in diesem Falle nicht Prof. HOLZER berufen werde. Durch diese Andeutungen werden die Sozialdemokraten an der Oldenburger Uni darauf vorbereitet, daß es wohl ohne ein Berufsverbot nicht abgehen wird. Zugleich entsteht die Stimmung: "Besser einen durchkriegen, als gar nichts." Kommunisten warnen vor dieser opportunistischen Haltung, können sie aber nicht durchbrechen.

GLEICH ZWEI BERUFSVERBOTE

Der Minister schiebt unterdessen die Entscheidung immer weiter hinaus. Erst Ende Juli/Anfang August - also in den Sommerferien - ändert sich das. Zunächst wird Prof. HOLZER abgelehnt. Die Universität Oldenburg protestiert, aber im ganzen bleibt es ruhig. Daraufhin erfolgt eine Woche später die Ablehnung von Dr. Meyer-Ingwersen. Der Minister ist inzwischen im Urlaub und unerreichbar.

Eine besondere Note erhält diese Ablehnung noch dadurch, daß sie der Redaktion des SPIEGEL mehrere Tage vor dem GA der Universität bekannt wird. So bittet der SPIEGEL Dr. MEYER-INGWERSEN um ein Interview zu seiner Ablehnung zu einem Zeitpunkt, wo die Universität noch davon ausgeht, daß er auf jeden Fall berufen wird. Dr. Meyer-Ingwersen lehnt jeden Kommentar ab. Am Morgen als der Brief aus dem Ministerium in der Universität eintrifft, kann man bereits im SPIEGEL lesen: MEYER-INGWERSEN sei in Oldenburg aus politischen Gründen abgelehnt worden. Ein Dementi von Seiten des KM erfolgt nicht. Später allerdings teilt der Kultusminister auf Proteste hin mit, Dr. MEYER-INGWERSEN sei nicht aus politischen Gründen abgelehnt worden, sondern aus nicht näher spezifizierten anderen Gründen.

PROTEST DER FACHKOLLEGEN

Inzwischen entsteht in der Hochschullehrerschaft eine starke Protestbewegung. Der vom Kultusminister berufene Dr. KUMMER lehnt aufgrund der Vorgänge ab, mit dem KM in Verhandlungen einzutreten. Es bildet sich eine Linguisteninitiative, die einen scharfen offenen Protestbrief an von OERTZEN schickt. Der Brief wird bis Nov. 1972 bereits

von 162 westdeutschen Fachkollegen unterzeichnet und im Fachorgan "LINGUISTISCHE BERICHTE" (Nr. 22) abgedruckt. Von OERTZEN reagiert aber auch weiterhin nicht.

Als hauptsächliches Hindernis für die Protestbewegung stellt sich heraus, daß die Universität Oldenburg noch nicht arbeitet. Auf diese Weise

- x gibt es kein selbständiges Selbstverwaltungsorgan der Universität, das klagen könnte,
- x sind nur die Studenten der Oldenburger PH an der Protestbewegung beteiligt - es gibt noch keine Universitätsstudenten,
- x erscheint die Frage, wann die Stelle denn nun endlich besetzt wird, nicht so dringend, wie wenn schon Lehrbetrieb stattfinden würde.

Angesichts der Tatsache, daß die Gesamtkonzeption der Oldenburger Universität durch die mangelhafte Mittelbewilligung aus dem KM ohnehin gefährdet erscheint, fordert Dr. Meyer-Ingwersen Anfang 1973 den berufenen Kandidaten Dr. KUMMER auf, seine Haltung zu überprüfen und doch die fragliche Stelle anzunehmen.

Entschliessung des AjLE (GEW) Bund zu den Berufsverboten in Oldenburg

Der AjLE - Bund begrüßt, daß der AjLE des Bezirkes Oldenburg sich in einem Aktionskomitee für eine Abwehrbereitschaft der betroffenen Gruppen gegen die Anwendung der Ministerpräsidentenbeschlüsse betreffs "Radikale im Öffentlichen Dienst" einsetzt. Er fordert die AjLE des Bezirkes Oldenburg auf, in den Gremien der GEW auf Unterstützung seiner Aktivitäten für die Einstellung der abgelehnten Bewerber Holzer, Meyer-Ingwersen und Pannemann im Sinne der Beschlüsse des HV der GEW vom 3.10.72 und der VV - Niedersachsen hinzuwirken.

Der Vorstand
Universität Oldenburg

Gründungsausschuß Universität Oldenburg
29 Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99

Gründungsausschuß

Herrn
Dr. Johannes Meyer-Ingwersen

7000 Stuttgart
Postfach 560

29 Oldenburg , 13.6.1972
Ammerländer Heerstraße 67-99
Postfach 943
Tel. (0441) 53706 u. 51306

Betr.: Ihre Bewerbung um eine H 4 - Stelle
"Germanistik mit den Schwerpunkten systematische
Linguistik, Grammatiktheorie"

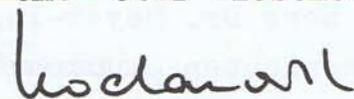
Sehr geehrter Herr Dr. Meyer-Ingwersen,

im Nachgang zu unserem Schreiben vom 27.4.1972 teilen wir Ihnen heute mit, daß der Nieders. Kultusminister aus formalen Gründen die Berufungsunterlagen der Stelle "Germanistik mit den Schwerpunkten systematische Linguistik, Grammatiktheorie" mit Ihnen als Einzelvorschlag zurückgewiesen hat mit der Auflage, einen Dreivorschlag zu erstellen.

Auf seiner 22. Sitzung folgten daraufhin erneute Beratungen im Gründungsausschuß mit dem Ergebnis, dem Kultusminister nunmehr folgenden Berufungsvorschlag zu machen:

1. Platz Dr. Joh^hs Meyer-Ingwersen
2. Platz Dr. Werner Kummer
3. Platz Dr. Winfried Boeder

Mit freundlichen Grüßen
gez. Hans-Peter Riesche

i.A. 
(H. Kochanowski)

EntschlieÙung:

"Die Studiengangsplanungskommission Kommunikation/Ästhetik des Gründungsausschusses der Universität Oldenburg erwartet vom Niedersächsischen Kultusministerium, daß die Entscheidung, den Lehrstuhl für Linguistik nicht mit Herrn Dr. Meyer-Ingwersen (Stuttgart) zu besetzen, umgehend zurückgenommen wird.

Herr Dr. Meyer-Ingwersen ist von der zuständigen Berufungskommission einstimmig auf eine Einerliste gesetzt worden. Dabei konnte sich die Berufungskommission u.a. stützen auf eine Reihe von neutralen Gutachten, die hervorragende Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen erstellt haben. In den Gutachten wird übereinstimmend die besondere Qualifikation von Herrn Dr. Meyer-Ingwersen für diesen Lehrstuhl hervorgehoben.

Der Gründungsausschuß hat sich diesen Voten angeschlossen und die von der Berufungskommission vorgeschlagene Einerliste mit Herrn Dr. Meyer-Ingwersen ebenfalls einstimmig gebilligt. Lediglich aus formalen Gründen hat der Gründungsausschuß später auf Wunsch des Kultusministeriums die zweite Stelle der Liste mit einem Wissenschaftler besetzt, der auf einer anderen Linguistik-Liste des Gründungsausschusses an erster Stelle steht.

Herr Dr. Meyer-Ingwersen ist Mitglied der Studiengangsplanungskommission Kommunikation/Ästhetik. Als solcher hat er von Anfang an entscheidend zum Fortgang der Planung von Studiengängen für die Universität Oldenburg beigetragen. Es würde eine Beeinträchtigung der Planungsrealisation bedeuten, wenn Herr Dr. Meyer-Ingwersen der Möglichkeit entzogen würde, die geplanten Studiengänge selbst mit an der Universität Oldenburg in die Praxis umzusetzen."

Personalrat
der Universität Oldenburg

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Der Personalrat der Universität Oldenburg solidarisiert sich mit dem Protest des Gründungsausschusses gegen die Nichtberufung der vorgeschlagenen Hochschullehrer Professor Dr. Holzer und Dr. Meyer-Ingwersen durch das Niedersächsische Kultusministerium.

Die hervorragende wissenschaftliche Qualifikation der beiden Kandidaten wurde durch Fachgutachten belegt und begründete eindeutig die Erstplacierung auf den Berufungslisten. Das Kultusministerium hat jedoch nicht fachliche Qualifikationen als Berufungskriterium der Entscheidung zugrundegelegt, sondern die Mitgliedschaft in der DKP.

Der Personalrat sieht in dieser Maßnahme eine Gefährdung unserer rechtsstaatlichen Ordnung, da Verwaltungsorgane Kompetenzen ausüben, die der Verfassungsgerichtsbarkeit obliegen. Dadurch wird ein Klima der allgemeinen Rechtsunsicherheit erzeugt, das letztlich alle fortschrittlichen Kräfte trifft und den Abbau demokratischer Rechte bedeutet.

Nach den Ministerpräsidentenbeschlüssen vom 21.8.1972 und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Niedersächsischen Landesregierung über die "politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung" muß jeder Einzelfall geprüft und die erhobenen Vorwürfe mit den Bewerbern erörtert werden. Nach Lage der Dinge meint das Kultusministerium jedoch ohne weitere Prüfung zu wissen, welche Bewerber sich nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, nur weil sie Mitglieder einer legalen demokratischen Partei, in diesem Fall der DKP, sind.

Da die gegenüber anderen Bewerbern herausragende wissenschaftliche Qualifikation der Herren Holzer und Meyer-Ingwersen unter Fachkollegen unbestritten ist und die Berufung einen Gewinn für den Aufbau einer Reform-Universität in Oldenburg darstellen würde, unterstützt der Personalrat der Universität Oldenburg die Forderung des Gründungsausschusses nach umgehender Berufung der beiden Wissenschaftler.

Der Personalrat
der Universität Oldenburg

Oldenburg, den 15. August 1972

NWZ 19/119 18.8.99 1972 „Qualifikation unbestritten“

Personalrat der Uni: Dr. Holzer und Dr. Meyer-Ingwersen berufen!

In Oldenburg. Der Personalrat der Universität Oldenburg solidarisiert sich mit dem Pro. est des Gründungsausschusses gegen die Nichtberufung der vorgeschlagenen Hochschullehrer Professor Dr. Holzer und Dr. Meyer-Ingwersen durch das Niedersächsische Kultusministerium.

„Die hervorragende wissenschaftliche Qualifikation der beiden Kandidaten, so erklärte gestern der Personalrat“, „wurde durch Fachgutachten belegt und begründete eindeutig die Erstplacierung auf den Beru-

fungslisten. Das Kultusministerium hat jedoch nicht fachliche Qualifikationen als Berufungskriterium der Entscheidung zugrundegelegt, sondern die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei.

Der Personalrat sieht in dieser Maßnahme „eine Gefährdung unserer rechtsstaatlichen Ordnung, da Verwaltungsorgane Kompetenzen ausüben, die der Verfassungsgerichtsbarkeit obliegen.“ Nach den Beschlüssen der Ministerpräsidenten vom 21. 8. 1972 und den dazu

ergangenen Ausführungsbestimmungen der Niedersächsischen Landesregierung über die „politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ müsse jeder Einzelfall geprüft und jeder erhobener Vorwurf mit den Bewerbern erörtert werden. Nach Lage der Dinge glaube das Kultusministerium jedoch ohne weitere Prüfung zu wissen, welche Bewerber sich nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen.

Linguistische Berichte 22

Fachkollegen protestieren

Offener Brief

An den Niedersächsischen Kultusminister, 3 Hannover, Am Schiffgraben 3

Sehr geehrter Herr von Oertzen!

An der neugegründeten Universität Oldenburg wurde in dem WS 1971/72 ein Lehrstuhl für „Germanistik/Linguistik“ ausgeschrieben. Die Berufungskommission des Gründungsausschusses erstellte folgende Liste:

1. Dr. Meyer-Ingwersen
2. Dr. Kummer

Sie haben nicht wie sonst üblich den Erstplazierten, sondern mit Brief vom 1. 8. Herrn Dr. Kummer berufen. Wie aus verschiedenen Presseerklärungen hervorgeht, steht der Gründungsausschuß nach wie vor zu seiner Liste, nach der Dr. Meyer-Ingwersen zu berufen sei, und protestiert gegen das Vorgehen der Landesregierung, sich über „fachliche Gutachten der Berufungskommission ebenso wie über die Frage der fachlichen Qualifikation der Bewerber hinwegzusetzen“. Für die Ablehnung von Dr. Meyer-Ingwersen wurden von Ihnen keine Gründe angegeben. Ebenso wenig sind Sie Meldungen der Presse entgegengetreten, daß die Nichtberufung von Dr. Meyer-Ingwersen aufgrund seiner Zugehörigkeit zur DKP erfolgte. Somit festigt sich der Anschein, daß die Entscheidung aus politischen Gründen gefällt wurde, insbesondere deswegen, weil es dafür Präzedenzfälle gibt (z. B. die Nichtberufung von Prof. Holzer).

Wir protestieren schärfstens dagegen, daß aufgrund der Mitgliedschaft in einer legalen politischen Partei Wissenschaftlern die ihrer Qualifikation entsprechende Ausübung ihres Berufes unmöglich gemacht wird.

Gezeichnet

Prof. Dr. Johannes Bechert, Studienbereich 5, Universität Bremen; Prof. Dr. Herbert Brekle, Lehrstuhl für Allgemeine Sprachwissenschaft, Universität Regensburg; Prof. Dr. Reinhold Brinkmann, Fachbereich Neue Deutsche Literatur und Kunstwissenschaft, Universität Marburg; Prof. Dr. Walther Dieckmann, Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Linguistik, FU Berlin; Prof. Dr. Heinrich Matthias Heinrichs, Lehrstuhl für Germanische Philologie, FU Berlin; Prof. Dr. Siegfried Jäger, Lehrstuhl für Didaktik der deutschen Sprache, Gesamthochschule Duisburg; Prof. Dr. G. Keseling, Fachbereich Allgemeine und Germanistische Linguistik und Philologie, Universität Marburg; Prof. Dr. Heinrich Klotz, Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften, Universität Marburg; Prof. Dr. D. Krallmann, Institut für Kommunikationsforschung und Phonetik, Universität Bonn; Prof. Dr. Wolfgang Putschke, Fachbereich Allgemeine und Germanistische Linguistik und Philologie, Universität Marburg; Prof. Dr. Christian Rohrer, Institut für Linguistik, TH Stuttgart; Prof. Dr. Helmut Schnelle, Institut für Linguistik, TU Berlin; Prof. Dr. Schlaffer, Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften, Universität Marburg; Prof. Dr. Wolf Thümmel, Seminar für Deutsche Philologie, Universität Göttingen; Prof. Dr. Karl-Heinz Wagner, Fachbereich Kommunikation/Ästhetik (Linguistik und Englische Sprache), Universität Bremen; Prof. Dr. Martin Warnke, Fachbereich Neuere Deutsche Literatur und Kunstwissenschaften, Universität Marburg; Prof. Dr. Dieter Wunderlich, Germanisches Seminar, Deutsche Philologie (Linguistik), FU Berlin; Dipl.-Phys. Thomas Ballmer, Institut für

NWZ 24.8.

Wieder neue Proteste

Solidarisch mit
Gründungsausschuß
und AStA

Oldenburg. Die Weigerung des niedersächsischen Kultusministers Peter von Oertzen, die auf Vorschlagslisten erstplazierten Professoren Holzer und Meyer-Ingwersen an die Reformuniversität Oldenburg zu berufen, hat weitere Proteste ausgelöst.

Mit der Erklärung des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Oldenburg, und des Gründungsausschusses der Universität Oldenburg gegen die

Ablehnung der genannten Wissenschaftler haben sich die Konferenz der Bremer Studentenausschüsse, der AStA der Universität Bremen, der AStA der Technischen Universität Hannover, der Personalrat der Universität Oldenburg, die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften und der Bezirksvorstand Weser-Ems der Deutschen Kommunistischen Partei solidarisiert. Alle diese Gruppen betonen ihre Bereitschaft, „gegen jeglichen Abbau der demokratischen Rechte“ zu kämpfen.

Linguistik, TU Berlin; Dr. Dieter Bänsch, Akad. Rat, Universität Marburg; Manfred Berger, StRiH, Universität Marburg; Walter Bellingrodt, FB Sprachwissenschaft, Universität Göttingen; Jörg Bohmfalk, wiss. Hilfskraft, Germ. Seminar, FU Berlin; Dr. Winfried Boeder, Seminar für allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft, Universität Hamburg; Ursula Boob, wiss. Mitarbeiterin, Institut für Deutsche Sprache, Bonn; W. Brecht, Dipl. Math., Institut für Deutsche Sprache, Bonn; Waltraud Brennenstuhl, wiss. Mitarbeiterin, TU Berlin; Gunter Brettschneider, M.A., Universität Köln; Sabine Chelimis, wiss. Ass., Germanisches Seminar, FU Berlin; Gerd Diken, wiss. Ass., Institut für Linguistik, TU Berlin; Dr. Rolf-Albert Dietrich, FU Sprachwiss., Universität Göttingen; Dr. Gundula Dinser, Ass. Prof., Germ. Sem., FU Berlin; Norbert Dittmar, wiss. Mitarbeiter, Universität Konstanz; Dr. des. Sieghart Döhring, Universität Marburg; Dr. Karen Ebert, wiss. Mitarbeiter, Inst. f. d. Sprache, Bonn; Konrad Ehlich, wiss. Ass., FU Berlin; Peter Eisenberg, wiss. Ass., Germ. Sem., FU Berlin; Veronika Ehrlich, Lehrbeauftragte, FU Berlin; Gisela Feurle, Universität Konstanz; Dr. Rudolf Fischbach, wiss. Ass., Universität Marburg; Manfred Geier, wiss. Ang., Universität Marburg; Joachim Gessinger, Lehrbeauftragter, FU Berlin; IKP Bonn; Bernd Gosau, Lehrbeauftragter, FU Berlin; Adelheid Grewening, Lehrstuhl für deutsche Sprache, TU Hannover; Hartmut Haberland, wiss. Ass., FU Berlin; Dr. Claus Heeschen, Institut für Linguistik, TU Berlin; C. H. Heidrich, wiss. Mitarbeiter, IKP Bonn; M. Heinsolm, FB Sprachwissenschaft, Universität Göttingen; Dr. M. W. Hellmann, Institut für d. Sprache, Bonn; Manfred Heun, wiss. Ass., FU Berlin; Dr. H. G. Hölzken, Lehrstuhl für deutsche Sprache, TU Hannover; Dr. H. G. Juchem, wiss. Mitarbeiter, IKP Bonn; Dr. S. Kanningeier, Sem. f. Sprachwissenschaft, Uni Göttingen; Dr. B. Kettner, Akad. Rat, Universität Marburg; A. Kleinecke, FB Sprachwissenschaft, Universität Göttingen; W. G. König, FB Sprachwissenschaft, Universität Göttingen; M. Kolvenbach, M.A., wiss. Mitarbeiterin, Inst. f. d. Spr., Bonn; T. Krumnack, Dipl. Math., Inst. f. d. Sprache, Bonn; U. Krumnack, wiss. Mitarbeiterin, IKP Bonn; R. Kruse, FB Sprachwissenschaft, Universität Göttingen; Christoph Küper, wiss. Ang., Universität Marburg; Dr. Ingrid Kummer, wiss. Ang., FU Berlin; Dr. Werner Kummer, Ass. Prof., FU Berlin; Dr. M. Lang, Sem. f. deutsche Philologie, Uni Göttingen; Gerd Lau, mag. phil., Institut für deutsche Spr., Bonn; U. Lepkowski, FB Sprachwissenschaft, Uni Göttingen; Gerd Lingrún, Roman. Sem., Universität Göttingen; H. D. Lutz, wiss. Mitarbeiter, Inst. f. d. Sprache, Bonn; M. Lutz-Hensel, wiss. Mitarbeiter, IKP Bonn; Dr. U. Maas, Priv. Doz., Institut für Linguistik, TU Berlin; Dr. Wolf-J. Marggraf, Inst. f. Sprachwiss., Universität Köln; Antje Katrin Menk, Hochschullehrer, Universität Bremen; M. Melzing, M.A., Inst. f. deutsche Sprache, Bonn; Susanne Mumm, wiss. Mitarbeiterin, Universität Marburg; C. L. Naumann, wiss. Mitarb., Inst. f. deutsche Sprache, Mannheim; G. Nothdurft, FB Sprachwiss., Universität Göttingen; Dr. F. Pasierbski, Ass. Prof., FU Berlin; Lothar Paul, Hochschullehrer, Universität Bremen; Dr. E. Pause, wiss. Assistent, Universität Konstanz; Dr. G. Pickeroth, wiss. Ass., Universität Marburg; Jochen Rehbein, wiss. Ass., FU Berlin; H. Reichert, M.A., Inst. f. deutsche Sprache, Bonn; H. Richter, Dipl. Psych., IKP Bonn; Dr. Hannes Rieser, Universität Konstanz; Dr. W. Rohde, Lehrstuhl für deutsche Sprache, TU Hannover; Dr. Paul Otto Samuelsdorff, Universität Köln; Dr. G. Schmidt, Inst. f. deutsche Sprache, Bonn; Reiner Schneewolf, wiss. Ass., TU Berlin; G. Schoen, Seminar f. deutsche Philologie, Uni Göttingen; V. Scholten, Universität Göttingen; Gisela Schulz, M.A., wiss. Ass., FU Berlin; M. Seydel, FB Sprachwiss., Universität Göttingen; G. Seyfert, Germ. Seminar, Universität Gießen; P. Staudacher, wiss. Ass., Universität Regensburg; Dr. Armin v. Stechow, wiss. Ass., Universität Konstanz; U. Steinmüller, wiss. Ass., FU Berlin; Dr. Marlene v. Stockhausen, wiss. Ass., Uni Marburg; G. v. d. Stuten, FB Sprachwiss., Universität Göttingen; Dr. des. F. Trapp, wiss. Ass., FU Berlin; Fritz Vahle, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Gießen; Gerhard Figener, wiss. Ass., Universität Marburg; G. Voigt, wiss. Ass., FU Berlin; Claus Wenderott, wiss. Ass. PH Berlin; Dr. Herbert Ernst Wiegand, Universität Marburg; Gisela Winter, Lehrstuhl f. d. Sprache, TU Hannover; Weitere Unterzeichner des Offenen Briefes an den Niedersächsischen Kultusminister: Prof. Dr. Georg Hincha, Lehrstuhl für Linguistik, PH Berlin; Prof. Dr. Walter Jens, Universität Tübingen; Prof. Dr. Fritz Sack, Universität Regensburg; Prof. Dr. Chr. Schwarze, Romanisches Seminar, Universität Kiel; Prof. Dr. Georg Stözel, Germanisches Seminar, Universität Düssel-

dorf; Prof. Dr. Heinz Vater, Institut für deutsche Sprache und Literatur, Universität Köln; Dr. Ulrich Ammon, Universität Tübingen; Dr. Volker Bech, Akad. Rat, Germ. Seminar der Universität Düsseldorf; Ralf Bohnsack, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld Henning Bergenholtz, Institut für Linguistik, TU Berlin; Dr. Wolfgang Beutin, Germ. Seminar, Universität Hamburg; Kooos Dalsta, Facultät Soziologie, Groningen (Holland)/Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld; Elisabeth Feldbusch, wiss. Ass., PH Hagen; Dr. Gerd Fritz, Deutsches Seminar, Universität Tübingen; Dieter Flader, Germ. Seminar, Universität Hamburg; Helmut Frosch, Tutor; Dr. Ernst-Otto Gerke, Germ. Seminar, Universität Hamburg; Günther Febert, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld; Dr. Klaus Gloy, Zentrum I Bildungsforschung, Universität Konstanz; Hans-J. Griep, Gymnasiallehrer, Jenisch-Gymnasium, Hamburg; Dr. Hans Haferkamp, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld; Sieglind Heinz, Verw. Wiss. Ass.; Jörg Hennig, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Hamburg; Klaus-Dieter Hoff, Tutor; Lutz Huth, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Hamburg; Ludwig Jäger, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Düsseldorf; Dr. Utz Jeggle, Universität Tübingen; Rudi Keller, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Düsseldorf; Dr. des. Gisela Klann, Lehrbeauftragte, Fachbereich 16, FU Berlin; Dr. Gottfried Korff, Universität Tübingen; Wilfried Kürschner, Deutsches Seminar, Universität Tübingen; Eva Mayerthaler, Tutor; Willi Mayerthaler, M.A., Lehrbeauftragter, Sem. für Romanische Philologie, Münchener; Werner Meinefeld, Fakultät für Soziologie, Bielefeld; Max H. Müller, wiss. Mitarbeiter, Deutsches Seminar Frankfurt; Frank Müller, wiss. Ass., Rom. Seminar, Universität Frankfurt; Dr. Hans-Harald Müller, Literaturwiss. Seminar, Universität Hamburg; Pantelis Nikitopoulos, Institut für deutsche Sprache, Mannheim; Birgit Jochens, Germ. Seminar, Universität Hamburg 80; Prof. Roland Posner, Institut für Linguistik, TU Berlin; Gunter Presch, Zentrum I Bildungsforschung, Universität Konstanz; Ingolf Radtke, Fachbereich Allgemeine und Germanistische Linguistik, Universität Marburg; Hans-Werner Scharf, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Düsseldorf; Dr. Martin Scharfe, Universität Tübingen; Dr. Susanne Schmidt-Knäbel, wiss. Obererrat, Germ. Seminar, Universität Hamburg; Peter Schröder, Institut für Deutsche Sprache, Freiburg; Bernd Schwischay, Tutor, Universität Bremen; Fritz Schütze, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld; Yvonne Schütze, wiss. Ass., Soziologisches Seminar, Universität Göttingen; Dr. Gerd Simon, Deutsches Seminar, Universität Tübingen; Christian Stetter, wiss. Ass., Germ. Seminar, Universität Düsseldorf; Dr. Erich Strabner, Deutsches Seminar der Universität Tübingen; Dr. U. Wanduszka, wiss. Ass.; Claus Weber, Germ./Rom., Universität Hamburg; Dr. Heinrich Weber, Deutsches Seminar der Universität Tübingen; Wolfgang Wildgen, Allgem. Sprachwissenschaft, Universität Regensburg; Dr. Hans-G. Winter, Literaturwiss. Seminar, Universität Hamburg.

Zu den Unterzeichnern gehören auch zahlreiche Mitglieder einer interdisziplinären Arbeitsgemeinschaft zu Problemen der Sprachsoziologie (November 72, Bielefeld).

Kontaktadresse für weitere Unterschriften: Manfred Henn, FU Berlin, FB Germanistik-16, 1 Berlin 33, Boltzmannstr. 3